



LSV GemS SH

Landesschüler*innenvertretung
der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein

Landesschüler*innensprecherin
Amelie Biebau

Kontakt: amelie.biebau@gems.schuelervertretung.de
Presseanfragen: presse@gems.schuelervertretung.de
Tel.: +49 176 80871557

| Die Landesschüler*innensprecherin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3442

[LSV GemS SH](#) | [Brunswiker Str. 16-22](#) | [24105 Kiel](#)

An den vorsitzenden des Bildungsausschusses, Herrn Martin Habersaat

STELLUNGNAHME

Die Landesschüler*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen in SH nimmt Stellung zu:
Psychische Gesundheit von Schüler*innen

Sehr geehrter Herr Habersaat,

als Landesschüler*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein möchten wir uns zu den drängenden Fragen der psychischen Gesundheit von Schüler*innen äußern und konkrete Maßnahmen vorschlagen.

1. Wie geht es den Schüler*innen und welche Ursachen sehen wir dafür?

Der psychische Zustand vieler Schüler*innen in Schleswig-Holstein ist besorgniserregend. Aktuelle Studien, wie die KIGGS-Studie des RKI, zeigen, dass etwa 25% der Schüler*innen psychische Auffälligkeiten aufweisen. Dabei ist davon auszugehen, dass es eine erhebliche Dunkelziffer gibt, da viele Fälle unentdeckt bleiben oder nicht gemeldet werden. Die Ursachen sind vielfältig: hoher Leistungsdruck, Prüfungsangst, sozialer Druck, Mobbing, Schlafmangel und die Folgen der Pandemie haben die Situation weiter verschärft. Hinzu kommen langfristige gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, die zunehmende Digitalisierung und veränderte Werte und Einstellungen, die ebenfalls zur psychischen Belastung beitragen.

2. Welche Maßnahmen könnten die psychische Gesundheit an Schulen langfristig verbessern?

Um die psychische Gesundheit nachhaltig zu fördern, müssen wir ein ganzheitliches Konzept verfolgen. Eine spürbare Entlastung der Lehrkräfte ist dringend erforderlich, um ihnen mehr Raum für die individuelle Förderung und Unterstützung der Schüler*innen zu geben. Gleichzeitig müssen die Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um sich stärker auf pädagogische und schulorganisatorische Aufgaben konzentrieren zu können. Der Ausbau der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie ist essentiell; ein Verhältnis von 1 Schulpsycholog*in pro 1000 Schüler*innen ist dabei das Mindestmaß. Darüber hinaus sollten die Prüfungs- und Notendruck reduziert werden, um den Stresslevel der Schüler*innen zu senken. Eine Anpassung der Unterrichts- und Hausaufgabenanforderungen ist notwendig, um eine ausgewogenere Arbeitsbelastung zu gewährleisten. Zudem muss eine inklusive und wertschätzende Schulkultur gefördert werden, in der sich alle Schüler*innen akzeptiert und unterstützt fühlen.

3. Auf welche Maßnahme sollte dabei der Fokus liegen?

Der Schwerpunkt sollte auf dem Ausbau der Schulpsychologie liegen. Ein Verhältnis von 1 Schulpsycholog*in pro 1000 Schüler*innen und die Zuständigkeit für maximal fünf Schulen sind notwendig, um eine effektive Unterstützung zu gewährleisten. Zudem muss die Schulsozialarbeit gestärkt und die bürokratischen Hürden reduziert werden. Dies würde nicht nur die unmittelbare Unterstützung der Schüler*innen verbessern, sondern auch präventive Maßnahmen und frühzeitige Interventionen ermöglichen.

4. Welche Fachkräfte werden zur Bewältigung dieser Aufgabe an Schulen benötigt?

Für eine ganzheitliche Unterstützung der Schüler*innen sind verschiedene Fachkräfte erforderlich. Dazu gehören Schulpsycholog*innen, die für die individuelle Beratung und therapeutische Maßnahmen zuständig sind. Schulsozialarbeiter*innen spielen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Schüler*innen in sozialen und familiären Belangen. Schulische Assistenzkräfte und Poolkräfte sind notwendig, um den Lehrkräften administrative Aufgaben abzunehmen und zusätzliche Unterstützung im Unterricht zu bieten. Kreisfachberater*innen für schulische Erziehungshilfe sollten ebenfalls verstärkt eingesetzt werden, um an den Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe tätig zu sein und spezifische Unterstützungsangebote zu koordinieren.

5. Wie schätzen wir den Bedarf an Fachkräften dazu ein?

Der aktuelle Bedarf an Fachkräften ist erheblich und wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Der Ausbau der Schulpsychologie auf ein Verhältnis von 1:1000 ist ein erster Schritt. Zusätzlich müssen die befristeten Stellen aus dem Sofortprogramm entfristet werden, um qualifiziertes Personal langfristig zu binden und nicht zu verlieren. Auch im Bereich der Schulsozialarbeit und schulischen Assistenzkräfte besteht ein erheblicher Bedarf, der durch zusätzliche Mittel und gezielte Maßnahmen gedeckt werden muss.

6. Wie müsste die Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Partner*innen gestaltet sein, um Schüler*innen bei psychischen Belastungen zu unterstützen?

Eine enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner*innen wie ambulanten Psychotherapien, Kliniken, dem Jugendärztlichen Dienst und dem Allgemeinen Sozialen Dienst ist unerlässlich. Diese Kooperationen müssen strukturell und regelmäßig gefördert werden, um eine nahtlose Unterstützung der Schüler*innen zu gewährleisten. Es ist wichtig, dass Schulen und externe Partner regelmäßig und strukturiert zusammenarbeiten, um schnelle und effektive Hilfe bieten zu können. Es sollten feste Ansprechpartner und klar definierte Abläufe etabliert werden, um die Zusammenarbeit zu optimieren.

7. Welche Rolle kann und muss der Ganztag zukünftig spielen, um Schüler*innen resilienter zu machen oder sie bei psychischer Belastung zu unterstützen?

Der Ganztag sollte verstärkt genutzt werden, um präventive und unterstützende Maßnahmen anzubieten. Freizeitangebote, soziale und emotionale Lernprogramme sowie individuelle Fördermaßnahmen können zur Resilienz der Schüler*innen beitragen und ihnen helfen, besser mit psychischen Belastungen umzugehen. Durch eine sinnvolle Gestaltung des Ganztags können Räume für Entspannung, kreative Tätigkeiten und soziale Interaktionen

geschaffen werden, die das Wohlbefinden der Schüler*innen fördern und eine ganzheitliche Entwicklung unterstützen.

Abschließend möchten wir betonen, dass der Schutz der psychischen Gesundheit von Schüler*innen keine temporäre Aufgabe, sondern eine langfristige Verpflichtung ist. Bund und Länder müssen gemeinsam an einem nachhaltigen Konzept arbeiten, um eine bessere psychosoziale Versorgung sicherzustellen.

Bei Rückfragen stehe ich ihnen nach Absprache gerne unter den oben angegebenen Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Amelie Biebau

Landeschüler*innensprecherin der Gemeinschaftsschulen in SH